

Beschluss 49 – Rechtsrock-Veranstaltungen in Thüringen

(Abstimmung: einstimmig beschlossen)

Anlässlich diverser bevorstehender Rechtsrock-Events mit bis zu mehreren tausend Neonazis in Thüringen beschließt der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Thüringen:

1. Der Landesvorstand fordert das Thüringer Innenministerium auf, die für das Versammlungsrecht zuständigen Behörden so zu beraten und zu unterstützen, dass alle rechtlichen und ordnungsbehördlichen **Handlungsspielräume ausgeschöpft werden**, die zur **Beschränkung oder Verhinderung von Neonazi-Konzerten und extrem rechten Open-Air Veranstaltungen** in Thüringen möglich sind. Thüringen darf nicht Wohlfühloase für die extreme Rechte aus ganz Europa sein.
2. Anlässlich der zu erwartenden Rechtsrock-Konzerte mit **bis zu 5.000 Neonazis** in diesem Sommer in Thüringen unterstreicht der Landesvorstand der Partei DIE LINKE das davon ausgehende Gefährdungspotential für die öffentliche Sicherheit nicht nur am Veranstaltungsort, sondern auch auf den An- und Abreisewegen durch ganz Thüringen, einschließlich des öffentlichen Nahverkehrs, der Bahn und an Raststätten. Der Vorstand appelliert an das Thüringer Innenministerium, frühzeitig **ein angemessenes Sicherheitskonzept** zu erarbeiten, mit dem die **Bevölkerung vor Angriffen, Bedrohungen und Einschüchterungen** durch Teilnehmer_innen dieser neonazistischen Veranstaltungen **geschützt** wird. Dies gilt umso mehr für die Sicherheit von **Migrant_innen und geflüchteten Menschen** und deren **Unterkünfte**, die im besonderen Fokus von Neonazis stehen.
3. Das Thüringer Innenministerium wird aufgefordert, im Umgang mit Neonazi-Konzerten eine **Null-Toleranz-Strategie** anzuwenden und dabei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konsequent zu unterbinden und zu ahnden. **Verbotene Neonazi-Symbole und Parolen, indizierte Lieder oder Auflagenverstöße** dürfen nicht geduldet werden und müssen zu **raschen Konsequenzen** führen. Die dafür erforderlichen Ressourcen sind bereitzustellen.
4. Der Landesvorstand fordert das Thüringer Innenministerium auf, dafür Sorge zu tragen, dass Journalistinnen und Journalisten uneingeschränkt und unversehrt über Versammlungen, Aufzüge und Konzerte der Neonaziszene berichten können. Die tatsächliche **Durchsetzung und Absicherung der Pressefreiheit** als wichtiger Faktor der Demokratie sollte **künftig stärker in der Einsatzplanung berücksichtigt** werden.
5. Der Landesvorstand ruft die Landesregierung dazu auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um **gegen Immobilien und Strukturen der Neonaziszene sowie die Rechtsrockszene vorzugehen**, die mit Hassmusik jährlich hunderttausende Euro umsetzt. Die Zusammenarbeit von Sicherheits- und Finanzbehörden gilt es zu verbessern und nachhaltig den **Kontrolldruck zu erhöhen**.
6. Die Zivilgesellschaft ist die wichtigste Partnerin im Kampf gegen antisemitisches, rassistisches und neonazistisches Gedankengut. Der Landesvorstand appelliert an alle Thüringerinnen und Thüringer, klare Kante gegen rechts zu zeigen und ruft die Kommunal- und Landespolitik sowie Verwaltungen dazu auf, **zivilgesellschaftliche Akteur_innen als Partner_innen zu verstehen und nicht als Störfaktor**. Ein **sicherer Protest in Hör- und Sichtweite gegen Neonazi-Veranstaltungen** muss **gewährleistet** werden.